

Nr. 19/922

Fragestunde

1. Webangebote des Landes Bremen und der Stadtgemeinden – Archivierung sichergestellt?
Anfrage der Abgeordneten Jens Crueger, Elombo Bolayela, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 18. Januar 2018
 2. Nimmt der Senat ausreichend Einfluss auf die Versorgung mit Kinderärzten?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Sina Dertwinkel, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. Januar 2018
 3. Wie grün sind öffentliche Gebäude?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. Januar 2018
 4. Können weitere Berufsabschlüsse als Altenpflegefachkraft anerkannt werden?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. Januar 2018
 5. CITO-Test
Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 19. Januar 2018
 6. Infektionskrankheiten an Bremer und Bremerhavener Schulen und Kitas
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 22. Januar 2018
 7. Linksextreme Szene in der Stadt Bremen
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 22. Januar 2018
 8. Straftaten in öffentlichen Bädern
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 22. Januar 2018
 9. Selbstmorde in der JVA Bremen
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 22. Januar 2018
 10. Emergency Alert System – Eine Lösung für Bremen und Deutschland?
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 22. Januar 2018
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
11. Gemeinsame Abschiebehaftanstalt für den Norden, aber ohne Bremen
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. Januar 2018
 12. Hat sich die qualifizierte Leichenschau bewährt?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. Januar 2018

13. Linksextreme Gewalttaten im Dezember 2017 und Januar 2018
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 23. Januar 2018
14. Wie viel Arbeitskraft von Polizisten geht durch Abordnungen oder anderweitige Verwendung verloren?
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. Januar 2018
15. Handys in der JVA
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oguzhan Yazici, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. Januar 2018
16. Sicherheitskonzept an bremischen Schulen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Januar 2018
17. Seute Deern
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Dr. Magnus Buhler, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 24. Januar 2018
18. Ausbildungsberaterinnen und Ausbildungsberater im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 25. Januar 2018
19. Ist das beschleunigte Verfahren in Bremen überhaupt möglich?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oguzhan Yazici, Marco Lübke, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 13. Februar 2018
20. Warum suchen Umfrageinstitute Geflüchtete zu Hause auf?
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 13. Februar 2018

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/923

Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes

Antrag des nichtständigen Ausschusses Erhöhung der Wahlbeteiligung und Weiterentwicklung des Wahlrechts

vom 22. Januar 2018

(Drucksache [19/1487](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/924

Integrationspolitik, Toleranz und Sicherheit in der Einwanderungsgesellschaft

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 21. September 2016

(Drucksache [19/749](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffer 4 des Antrags ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt denn Ziffern 1 bis 3 und 5 bis 6 wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. in Zusammenarbeit mit den Hochschulen Forschungsarbeit zu befördern zu den Wirkungszusammenhängen fundamentalistischer Radikalisierung von Jugendlichen (mit und ohne Migrations- und Fluchthintergrund), insbesondere zu Radikalisierung mit islamistischer Ausrichtung.
2. bis Anfang 2017 eine Evaluation des Programms „Prävention religiös begründeter Radikalisierung und Muslimfeindlichkeit“ vorzulegen, und die notwendigen Mittel für Beratungskapazitäten zur Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung vorzuhalten. Außerdem ist darzustellen, inwieweit Beratungs- und Unterstützungsangebote in der Justizvollzugsanstalt verstärkt werden müssen.
3. in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung, dem Landesinstitut für Schule, dem Rat für Integration und den Unterzeichnern des Staatsvertrags mit den muslimischen Gemeinden eine verstärkte Diskussion über
 - Religion in der pluralistischen Gesellschaft,
 - die Rolle des Islam in westlichen Gesellschaften sowie gesellschaftliche und individuelle Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft zu organisieren, sowohl als öffentliche Debatte als auch im Hinblick auf konkrete Zielgruppen.
5. die Integrationsarbeit in den Quartieren stärker zu fördern und zu unterstützen, insbesondere durch Förderungen, die eine längerfristige Arbeit ermöglichen sowie unter besonderer Berücksichtigung migrantischer Frauen- und Jugendprojekte.
6. sich auf Bundesebene für Schritte einzusetzen, die auf eine verringerte private Verfügbarkeit von Waffen zielen, vom Verbot lediglich unbenutzbar gemachter echter Waffen („Theaterwaffen“) über eine verstärkte Bekämpfung des Online-Waffenhandels bis zum weitgehenden Verwahrungsverbot in privaten Haushalten.

Nr. 19/925

Integrationspolitik, Toleranz und Sicherheit in der Einwanderungsgesellschaft

Bericht der staatlichen Deputation für Inneres
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1207](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.

Nr. 19/926

Gestaltungsräume zur Entkriminalisierung von Cannabiskonsum endlich nutzen und die Prävention stärken

Antrag der Fraktion der FDP
vom 25. Januar 2018
(Drucksache [19/1499](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/927

Gestaltungsräume zur Entkriminalisierung von Cannabiskonsum endlich nutzen – Prävention und Jugendschutz stärken

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 25. Januar 2018
(Drucksache [19/1500](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/928

Einem drogenpolitischen Alleingang Bremens entschieden entgegnetreten!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1529](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/929

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Anstalt für Immobilienaufgaben (IBG)

Beschleunigung der Planung und Erstellung von öffentlichen Bauten; Paradigmenwechsel bei der Beschaffung und Verwertung öffentlicher Flächen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Februar 2018
(Drucksache [19/1513](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag unter Ziffer I wie folgt zu:

1. Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept zu erstellen, wie und in welchen Strukturen er das dringend benötigte Neubauprogramm für Schulen und Kindergärten abarbeiten will.

Ziel soll dabei sein, die bisherige Gesamtdauer von Bauvorhaben erheblich zu verkürzen. Das Konzept soll unter anderem Mittel und Wege enthalten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachressorts, der Bauverwaltung und von Immobilien Bremen eng zu verzahnen, um Reibungsverluste zu minimieren. Es soll auch Rechenschaft ablegen über die vorhandenen oder geplanten Personalverstärkungen und den darüber hinaus nötigen Mittlereinsatz zur Umsetzung des Programms. Im Weiteren ist über das Ergebnis der Prüfung zu berichten, inwieweit das bisher bei mobilen Gebäudeeinheiten angewandte verkürzte Verfahren auf feste Bauten übertragen werden kann, oder mögliche alternative Beschleunigungsmethoden zu entwickeln. Eine deutliche Beschleunigung soll dabei auch für den Umbau von Grundschulen zu Ganztagschulen erzielt werden.

Insbesondere ist in diesem Konzept mitzuteilen, ob und wie die Bauplanung, -ausschreibung und -überwachung durch die bisher innerhalb des öffentlichen Dienstes vorhandenen Bauabteilungen/IB, durch andere öffentliche Gesellschaften und Unternehmen mit öffentlicher Eigentumsbeteiligung oder durch private Dritte durchgeführt werden kann und inwieweit eine rein serielle Bauweise Gegenstand der Neubaukonzeption sein wird.

2. Der Senat wird aufgefordert, Vorschläge zu erarbeiten, ob und gegebenenfalls wie die bestehenden rechtlichen Regelungen optimiert werden müssen, damit das zu Punkt 1 erstellte Konzept wirtschaftlich und zeiteffizient umgesetzt werden kann. Hierbei kann es auch um zeitlich befristete Interimsregelungen für die jetzige außerordentliche Auftragslage gehen.
3. Der Senat wird zusätzlich aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie eine planmäßige Verzahnung von Stadtplanung, inklusive der Planung von Daseinsvorsorge und sozialen Infrastrukturen, öffentlicher Grundstücksverwaltung und Finanzierungsinstrumenten ins Werk gesetzt werden soll, die insbesondere auch eine in die Stadtplanung eingepasste Ausübung von gemeindlichen Vorkaufsrechten sicherstellt.
4. Der Senat wird aufgefordert, die betrieblichen Abläufe bei Immobilien Bremen für den Bereich der Verwaltung und Erhaltung vorhandener öffentlicher Immobilien weiter zu optimieren und die bestehenden Immobilienverwertungsaufgaben zu posteriorisieren.
5. Der Senat wird gebeten, zu den Beschlusspunkten 1 bis 3 bis zum 31. Mai 2018 der Bürgerschaft (Landtag) zu berichten.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz unter Ziffer II in erster Lesung.

Nr. 19/930

Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. Februar 2018
(Drucksache [19/1512](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) hält es für gesundheitspolitisch geboten, die Ungleichbehandlung von Beamtinnen und Beamten bei der Krankenversicherung zu beenden. Als Vorbild für eine dementsprechende Reform der Beihilfe könnte das geplante „Gesetz über die Einführung einer pauschalen Beihilfe zur Flexibilisierung der Krankheitsvorsorge“ der Freien und Hansestadt Hamburg dienen. Der Senat wird aufgefordert, die kurz- und langfristig zu erwartenden finanziellen Auswirkungen einer Übertragung des Hamburger Modells auf Bremen zu prüfen und der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb von drei Monaten nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten.

Nr. 19/931

Gewalt bei Fußballspielen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. August 2017
(Drucksache [19/1211](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2017

(Drucksache [19/1261](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/932

Entwicklung der Polizeieinsätze bei Fußballspielen in Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 16. November 2017
(Drucksache [19/1403](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018

(Drucksache [19/1464](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/933

Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten der bremischen Häfen nicht behindern!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. September 2017
(Drucksache [19/1221](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen.

Nr. 19/934

In der politischen Auseinandersetzung: Gewalt gegen Sachen und Personen entschieden verurteilen in Bremen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 4. Oktober 2017
(Drucksache [19/1257](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/935

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Umsetzung der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ in Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 5. September 2017
(Drucksache [19/1222](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017
(Drucksache [19/1276](#))

2. Familiennachzug ist Integration – Recht auf Familie für Geflüchtete wieder herstellen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. September 2017
(Drucksache [19/1239](#))

3. Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte neu regeln
Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Januar 2018
(Drucksache [19/1488](#))
4. Koalitionskompromiss zum Familiennachzug entlastet Länder und Kommunen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. Februar 2018
(Drucksache [19/1542](#))
5. Ehrenamt, gemeinnützige Initiativen und bürgerschaftliches Engagement in Schulen des Landes Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1241](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 14. November 2017
(Drucksache [19/1378](#))
6. Möglichkeiten, Zulässigkeit und Notwendigkeit einer Landesausbildungsumlage im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 20. September 2017
(Drucksache [19/1250](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1430](#))
7. Arbeit der Polizei effektiv gestalten und nicht lahmlegen!
Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1286](#))
8. Ermittlung von Sozialindikatoren und Sozialstufen für die allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 2. November 2017
(Drucksache [19/1283](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2017
(Drucksache [19/1446](#))
9. Recht auf Familiennachzug abschaffen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1352](#))
10. Wir kommen wieder – Bremer Uni fit für die Exzellenzstrategie 2026 machen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. November 2017
(Drucksache [19/1353](#))

11. Wie sicher können die Bremer sich im Viertel und im gesamten Stadtgebiet noch fühlen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. November 2017
(Drucksache [19/1354](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2018
(Drucksache [19/1505](#))
12. Fahnden, orten, sichtbar machen! – Mehr Tempo und Sicherheit durch effektive Nutzung mobiler Endgeräte in der Polizei
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. November 2017
(Drucksache [19/1369](#))
13. Wissenschaftsfreiheit ist Grundpfeiler offener Gesellschaften
Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1429](#))
14. Tödliche Gefahr Asbest
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. November 2017
(Drucksache [19/1405](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018
(Drucksache [19/1465](#))
15. Situation und Entwicklungsmöglichkeiten der beruflichen Schulen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 28. November 2017
(Drucksache [19/1418](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2018
(Drucksache [19/1514](#))
16. Einstellung und Motivation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. November 2017
(Drucksache [19/1419](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2018
(Drucksache [19/1515](#))
17. Europäisches Solidaritätskorps (ESK) – Freiwilligen säule ausbauen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 29. November 2017
(Drucksache [19/1420](#))
18. Kontinuität der musischen Ausbildung in den Bremer Schulen ermöglichen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Februar 2016
(Drucksache [19/266](#))

19. Kontinuität der musischen Ausbildung in den Bremer Schulen ermöglichen
Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung
vom 29. November 2017
(Drucksache [19/1421](#))
20. Wie überfordert ist die Hochschule für öffentliche Verwaltung bei der Polizeiausbildung?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1428](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1480](#))
21. Interessen der deutschen Versicherten wahren – Missbrauch des Gesundheitssystems bekämpfen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1435](#))
22. Erhöhte Wachsamkeit: Sechster Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1438](#))
23. „Gendergerechte“ Sprache auch in Bremen nach europäischen Vorbild ausstreichen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 11. Dezember 2017
(Drucksache [19/1443](#))
24. Recht auf Schulbesuch über das 18. Lebensjahr hinaus
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1450](#))
25. Zulagen im öffentlichen Dienst zukünftig gerechter, übersichtlicher und planbarer gestalten
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1451](#))
26. Rassistische und antisemitische Straftaten gegen religiöse Einrichtungen und Gedenkort und Umsetzung der Empfehlungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1452](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2018
(Drucksache [19/1506](#))
27. Digitalisierung der Bremer Hochschulen voranbringen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 21. Dezember 2017
(Drucksache [19/1457](#))

28. Hochschulen fit für die Zukunft machen – digitale Potenziale nutzen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. Januar 2018
(Drucksache [19/1489](#))
29. Verbindliche und einheitliche Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auch durch medizinische Untersuchung
Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1476](#))
30. Prävention und Deradikalisierung in Bremen neu konzipieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1477](#))
31. Bericht über die Umsetzung des Erasmus+ -Programms in Bremen
Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2018
(Drucksache [19/1504](#))
32. Realisierbarkeit eines allgemeinen Schwerlastterminals in Bremerhaven prüfen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Februar 2018
(Drucksache [19/1519](#))
33. Faire Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Bereitschaftspolizei
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1536](#))
34. Beitragsfreiheit für Kindergärten auch im Land Bremen unverzüglich einführen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. Februar 2018
(Drucksache [19/1541](#))